

<http://www.derwesten.de/staedte/siegen/Ausstieg-oder-Laufzeitverlaengerung-id4206760.html>

Podiumsdiskussion

Ausstieg oder Laufzeitverlängerung?

Siegen, 25.01.2011, Viktoria Kesper



Diskussion: Atomenergie - Brücke oder Erblast?

Siegen. „Atomenergie – Brücke oder Erblast?“ Unter diesem Motto diskutierten NRW-Umweltminister Johannes Remmel (Die Grünen), Jens Kamieth (Mitglied des Landtages NRW/CDU) sowie der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Nicolai Dose im Museum für Gegenwartskunst mit dem Publikum.

Der Beschluss der Bundesregierung, die Laufzeit der Atomkraftwerke um durchschnittlich 12 Jahre zu verlängern und so den Atomausstieg zu verschieben, sorgt immer wieder für Proteste.

Sorge um die Sicherheit der Atomkraftwerke

Kamieth, der sich selbst als einen Verfechter des Atomkonsens bezeichnete, hatte keinen leichten Stand bei den kritischen Zuhörern. „Ich wusste, dass dies kein Abend unter Freunden wird“, erklärte der Landtagsabgeordnete. Dass die Nutzung von Atomenergie großes Diskussionspotenzial bietet, kennt Kamieth bereits aus der eigenen Familie. Doch der CDU-Politiker geht davon aus, „dass ein sofortiger Ausstieg zu einer Versorgungsknappheit und damit zu einer erheblichen Preissteigerung des Stroms führen würde.“

In einer emotional aufgeladenen Atmosphäre lag den Teilnehmern besonders die Frage nach der Sicherheit der Atommeiler am Herzen. Ein eventueller Unfall und die damit einhergehende Strahlenbelastung hätten für Mensch und Natur verheerende Folgen. Dieses Risiko sieht auch Dose: „Die Gefahr steigt mit der Laufzeitverlängerung. Vor allem ältere Kraftwerke sind beispielsweise gegen einen Angriff aus der Luft nicht ausreichend geschützt.“

Bis 2020 sollen erneuerbare Energien laut Bundesumweltministerium 38,6 Prozent des Stroms liefern. Bis alle Atommeiler aber endgültig abgeschaltet werden, könnte es noch bis zum Jahr 2050 dauern. „Die Reststrommengen werden über einen langen Zeitraum gestreckt“, erklärt Remmel. Für ihn liegt die Lösung zukünftig in einer dezentralen Struktur der Stromversorgung.

Entscheidung gefährdet demokratische Ordnung

Dose kritisierte die Art und Weise, wie die Entscheidung für eine Laufzeitverlängerung der 17 noch aktiven Kraftwerke getroffen wurde: „Die Verantwortlichen haben nicht bedacht, dass man für eine solche Entscheidung die Zustimmung der Menschen braucht“, erklärte der Wissenschaftler. „So geht das Vertrauen in die Demokratie verloren.“

Nordrhein-Westfalen will gemeinsam mit anderen SPD-regierten Ländern im Februar beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen die Laufzeitverlängerung einlegen. Remmel machte aber deutlich, dass die Problematik der Energiegewinnung nicht nur die Sache der Politik ist: „Durch ein Verbot des Stand-By-Knopfes an technischen Geräten könnte man zwei Atomkraftwerke abschalten“, appellierte er an die Pflicht der Bürger, mit dem Strom sorgfältig umzugehen.